

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat Dezember auf die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 35 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

21. Sitzung vom 22. November.

Präsident v. Loebeow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf Herbert v. Bismarck, Reichsrat v. Marquardt u. A.
Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats. Etat des auswärtigen Amtes.

Bei Titel 1 der Ausgaben „der Staatssekretär“ stellt Abg. Richter (fr.) die Frage: Ob es richtig ist, daß der Chef des Generalstabes den Bericht macht, die auswärtige Politik der Regierung zu durchleuchten. Sollte dies der Fall sein, so würden wir alle Verantwortung haben, dagegen Verantwortung einzulegen, daß von einer Seite derartige Beschlüsse gemacht werden, welche dem Reichstage dafür nicht verantwortlich ist.

Kriegsminister v. Verdy: Ich stehe nicht an, als Vertreter der Armee auf diese Frage zu antworten. Ich betrachte die ganzen Erscheinungen, welche sich in der Presse über die Angelegenheit kund gethan haben, für außerordentlich trivial. (Beifall links.) Es ist trivial, schon zu erinnern, welche nicht existieren, es ist trivial, die höchsten Offiziere der Armee in eine solche Diskussion hineinzuziehen, es ist trivial, daß die Armee, von einer Person, einem Kreise derselben anzuweisen, daß sie zu der Politik Sr. Majestät in Opposition treten könnte. Ich halte die Bezeichnung trivial ohne Rücksicht darauf aufrecht, welcher Partei die Presse angehört. (Beifall.)

Staatssekretär v. Bismarck: Ich will nur wenige Worte hinzufügen. Ich muß bekräftigen, daß es alles Lügen sind, die in der Presse nach dieser Richtung hin verbreitet werden. Es versteht sich von selbst, daß die auswärtige Politik nur von Sr. Majestät dem Kaiser geleitet wird unter dem Rathe derjenigen Personen, die dazu berufen sind. (Beifall.)

Abg. Richter: Ich freue mich über diese Erklärungen, muß aber betonen, daß kein unabhängiges Blatt sich auf diesen sogenannten Wadese-Artikeln bezieht. Der Grund, den die offiziellen Publikationen im Auslande hervorgerufen haben, hat mich zu meiner Anfrage veranlaßt. Hat doch in Folge dieser Artikel der „Standard“ berichtet, der Kaiser von Rußland habe dem Kaiser von Belgien, dieser habe wohl nicht mehr den früheren Einfluß auf die auswärtige Politik. Es liegt also hier ein neuer Fall groben Unfuges unserer offiziellen Presse vor, gegen welchen ich Verwahrung einlegen muß. (Beifall links.)

Der Titel wird bewilligt.
In Titel 3 sind zwei neue Geheime Registratorstellen in Ansatz gebracht. Die Budgetkommission beantragt die Bewilligung, welche Staatssekretär Graf Bismarck mit der zunehmenden Last der Geschäfte rechtfertigt.

Abg. Dr. Windthorst bemerkt, daß diese Mehrforderung mit der Kolonialpolitik im Zusammenhang steht und daß die bisher gemachten Erfahrungen zu einer Fortsetzung dieser Politik nicht auffordern. Deshalb habe er seinen Antrag auf Anerkennung der Bestimmungen der Konvention gestellt. Die heutigen Erklärungen des Vertreters der Regierung seien nicht genügend. So lange die Konvention nicht angelehrt sei, wäre er nicht im Stande, für die weitere Entwicklung der Kolonialpolitik irgend etwas zu bewilligen.

Staatssekretär Graf Bismarck wiederholt seine vorige Erklärung. Die vorhandenen Beamten seien nicht im Stande, ohne Schädigung ihrer Gesundheit die Geschäfte zu bewältigen. England und Holland trieben schon Hunderte von Jahren Kolonialpolitik und die fünfzigjährige Erfahrung, die wir in dieser Beziehung haben, sei noch nicht für ein richtiges Urteil maßgebend. Eine verschiedene Behandlung der Konventionen finde in den Kolonien nicht statt.

Abg. Richter: Es wäre sehr schön, wenn dies die einzige Gesundheitsgefahr für die Kolonialbeamten wäre. Mit der Kolonialpolitik würde die Sache in den Kolonien nicht besser, weil man sich mit dieser Politik auf einem absolut falschen Wege befinde. Wenn der Herr Staatssekretär auf England und Holland verweisen habe, so dürfte man doch fragen, warum nicht etwa mit Kalifornien auf eine Linie stellen, mit solchen Allgemeinbeurteilungen beweise man doch für die Sache selbst gar nichts. An den ostafrikanischen Küsten sei es noch ebenso ungesund, wie früher, sobald sich die Weissen Truppen irgendwo entfernen.

Er wolle nun nicht, daß heute schon die Frage der Errichtung eines besonderen Kolonialamtes präjudiziert werde. Die Hoffnungen des Zentrums auf Bekämpfung der Sklaverei und Einführung des Christentums würden sich nicht erfüllen, Kardinal Lavergne habe sich die Sache zu leicht vorgestellt. Seit Beginn unserer Politik hätten die früheren Missionen wegen der Unruhen tatsächlich ihre Wirksamkeit aufgeben müssen; der Missionäre sei nicht willkommen, wenn er zugleich Hoheitsrechte ausüben wolle. Auch der Beamtenverbindung in Kamerun und Toga den Erfolg der Missionen.

Staatssekretär v. Bismarck: Von einem Kolonialamt habe ich nicht gesprochen, es soll nur eine besondere Abteilung mit besonderen Mitteln vorbereitet werden. Wie viel Beamte notwendig sein werden, ist noch nicht zu übersehen, wir werden mit derselben Angelegenheit beim nächsten Etat wiederzukommen müssen. Auf die andern Ausführungen des Vorredners will ich heute nicht eingehen, ihn zu überzeugen ist für uns unmöglich.

Abg. Dr. Windthorst: Für diese Position werde ich stimmen, die Errichtung eines Kolonialamtes würde er befähigen müssen. Es müsse eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, so lange dies nicht geschehen, müsse er die weiteren Forderungen für die Kolonialpolitik ablehnen.

Staatssekretär Graf Bismarck erklärt, daß das Verhältnis der katholischen Mission in

Ostafrika ein völlig befriedigendes sei und er nur wünschen könne, daß es so bleibe. Die Mission stehe dort unter einem katholischen Vikar. Abg. Dr. Hammer (nat.-lib.) befürwortet die Bewilligung der Position; es handle sich in dem Zentralbureau um die Entscheidung der wichtigsten rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen.

Abg. Dr. Frege (kons.): Ihn und seine Freunde hätten die Ausschüsse, welche die Regierung in der Budget-Kommission gegeben, vollständig befriedigt. Große Erfolge habe man von der Kolonialpolitik nicht erwartet, deshalb könne man von Nichterfolgen nicht sprechen. Gut Ding will Weile haben und an augenblicklichen Störungen soll man die Politik nicht scheitern lassen, das dürfte der Würde des deutschen Reiches nicht entsprechen. Ein wesentlicher Faktor fehle der deutschen Kolonialpolitik noch, es sei das deutsche Kapital. Man sollte sich ein Beispiel an dem Unternehmungsgeist der anderen Nationen nehmen. Wir werden die Forderungen der Regierung unterstützen, weil sie sich zum Wohle des Vaterlandes auf abenteuerliche Unternehmungen nicht einläßt. (Beifall.)

Abg. Richter (deutsch-fr.): Es scheint, daß über diese Position noch große Unklarheit herrsche. Ein Kolonialamt solle es nicht werden, wohl aber, wie die Motive bezeugen, eine selbstständige Abteilung, welche nicht mehr dem auswärtigen Amt, sondern direkt dem Reichstag untersteht. Vielleicht giebt der Herr Staatssekretär uns darüber Auskunft.

Staatssekretär Graf v. Bismarck: Ich habe bereits hervorgehoben, daß es sich zunächst darum handelt, dem dringenden Bedürfnis zu entsprechen. Ich glaube, wir thun besser, die Angelegenheit dem nächsten Jahre vorzubehalten. Die Herren haben volle Gelegenheit bis dahin, zu erkennen, was es mit der selbstständigen Abteilung für eine Bewandnis hat.

Abg. Wörmann (nat.-lib.): Wenn gesagt werde, das Kapital sei zu zaghaft, so sollte man diesen Ausdruck weit eher auf das Vorgehen der Reichsregierung und des Reichstages in der Kolonialpolitik anwenden. Man würde ganz andere Ziele schon erreicht haben, wenn man bei den Unternehmungen von vornherein erklärt hätte, die Regierung stehe dahinter. Durch diese Zaghaftigkeit seien den neuen Kolonien eine große Menge wirtschaftlicher Kräfte entzogen worden. Heute dürfe man von dieser Erfolglosigkeit nicht mehr sprechen, der Nutzen unserer Kolonien sei jetzt vollständig gesichert. Das Kapital gehe niemals in neue Länder hinein, man solle deshalb nur noch einige Zeit abwarten und man werde sehen, daß das Kapital in großen Mengen auch nach den Kolonien gehen werde, die ganze Entwicklung derselben spreche dafür. (Beifall.)

Abg. Dr. Hammer (fr.): Weber das große Kapital, noch die Großindustriellen stehen hinter uns, sie stehen hinter den Kartellparteien. Sie verlangen stets für sich und bei solchen Gelegenheiten, wo etwas gereizt werden soll, da appellieren Sie an die Großindustrie. Folgen Sie doch dem Beispiel des Königs von Belgien, der für solche Zwecke 20 Millionen aus seiner Tasche gegeben hat. Die Hamburger haben die Kolonialpolitik längst gemacht, ehe die Regierung sie übernahm, nun aber wird verlangt, daß das Reich die Kosten übernehme. Was soll man mit denen noch diskutieren, die unsere Kolonialpolitik mit Dänemark und England vergleichen. Der Spruch: „Manches ist schlecht angefangen und hat doch gut geendet“, trifft nicht immer zu und dürfte namentlich hier nicht zutreffend sein.

Abg. Wörmann erwirbt, daß der Handel früher den Schutz Englands hatte und der Regierung danke, daß er jetzt deutschen Schutz genieße und er hoffe, daß es bald möglich sein werde, deutsche Waaren aus den Kolonien zu beziehen.

Abg. Richter: Wir danken dafür, den Kaffee, Tabak, Thee u. s. w. nur aus den deutschen Schutzgebieten zu beziehen. Wir haben das Interesse, das Volk so gut wie möglich zu ernähren und wir wollen die Waaren daher kaufen, wo wir sie am billigsten bekommen. Für uns sind die Schutzgebiete keine Verstärkung der deutschen Macht, sondern eine Verringerung derselben, weil sie uns nichts weiter als Verlegenheiten bereiten. Sie rufen Kamerun. Was dort gut ist, was schon vor dem Eintreten des Reiches da war, ist dort zwei Hamburger Häuser haben dort Niederlassungen. In Togo lebt überhaupt nur ein einziger Deutscher. In Ostafrika, in den deutschen Schutzgebieten ging ja überhaupt die Flaggenschießung der Niederlassung voraus. Die Entwicklung ist überall zurückgeblieben und die Gesellschaften, die sich dort niederlassen, wollen nicht Handel treiben, sie wollen nichts weiter als regieren.

Abg. Wörmann erwirbt, daß im Tago Gebiet 4 Firmen aus Hamburg und 3 aus Bremen sich niedergelassen hätten. Fertige Kolonien finde man nicht, überall müssen sich dieselben erst entwickeln.

Abg. Richter: Nun sollen wirklich 7 Europäer im Tagogebiet leben, es sind dies nur Kommiss, denn die Herren selbst hätten sich, dort hingehen, weil sie nach einem vielleicht dreijährigen Aufenthalt an ihrer Gesundheit schwer geschädigt in die Heimat zurückkehren. Unser Ausfuhrhandel muß doch stets dem Einfuhrhandel entsprechen, derselbe ist aber unabhängig von dem Hissen der deutschen Flagge.

Die Diskussion wird geschlossen, die Position mit der Mehrforderung bewilligt.
An die Position „Gesandter in Bern“ knüpft Abg. Dr. Windthorst (fr.) einen kurzen Hinweis auf Vorgänge in der Budget-Kommission bezüglich der Affäre Wohlgenuth und stellt die Frage, ob eine anderweitige Abstellung des Niederlassungsvertrages mit der Schweiz in ein anderes Stadium getreten sei? Die Abänderung dieses Vertrages liege im beiderseitigen Interesse. Es werde behauptet, daß der Fall Wohlgenuth nicht vereinzelt dastünde und dies sei eine der bedenklichsten Folgen des Sozialistengesetzes. An diesen Fall habe sich eine längere Auseinandersetzung des Reichs mit der Schweiz geknüpft und diese Aufklärung war, wie er meinte, für das Reich kein glücklicher Griff. Nun habe der preussische Minister des Innern bei Beratung des Sozialistengesetzes erklärt, daß jede Anreizung seinen Beamten auf das strengste verboten sei und wenn das richtig sei, so hätte Wohlgenuth von der deutschen Politik einfach desavouiert werden müssen. Derselbe

habe unglaublich leichtfertig gehandelt und in der Schweiz entfacht eine ernsthafte Verstimmlung darüber; es kam die Frage der Neutralität und sogar die Souveränität der Schweiz dabei in Frage. Schließlich sei auch eine Verschärfung des Grenzverkehrs in Anregung gebracht und es trat dabei die Frage auf: ob der Niederlassungsvertrag mit der Schweiz nicht gekündigt werden sollte. Nachher trat eine Verhöhnung ein, hohe Staatsbeamte, z. B. Minister v. Maybach und auch Herr v. Bennigsen, nahmen ihren Sommeraufenthalt in der Schweiz, alsdann belächelt Neben die Deduktion, welche die deutsche Regierung bei Kündigung des Niederlassungsvertrages gemacht habe und welche er als vollständig hinfällig bezeichnet. Nun frage er sich, was nach der Kündigung des Vertrages geschehen solle? Hunderttausende von Deutschen würden von dieser Sache empfindlich getroffen und Deutschland sei an dem Vertrage mindestens ebenso interessiert, wie die Schweiz. Der Vertreter des auswärtigen Amtes habe in der Budget-Kommission erklärt, daß von einer Verstimmung unseinerseits der Schweiz gegenüber gar nicht die Rede sei. Unter diesen Umständen könne es nicht schwer sein, die alten, guten Beziehungen zur Schweiz wieder herzustellen, es sei dies ein Wunsch, der gewiß von allen Parteien geteilt werde.

Staatssekretär Graf v. Bismarck bestätigt, daß die Erklärung seines Vertreters in der Budget-Kommission vollkommen richtig sei. Es bestehe keine Verstimmung gegen die Schweiz und habe keine bestanden. Die Verhandlungen der Regierung mit der Schweiz hätten nur den Zweck, die Machtstellung der Sozialdemokratie zu unterdrücken und daß dies gelingen werde, sei wohl bekannt. Die geordneten Verhältnisse der Schweiz könnten die Sozialdemokratie innerhalb ihrer Grenzen auch nicht ertragen. Auf den Fall Wohlgenuth gehe er nicht ein, derselbe sei abgethan.

Abg. Singer (soz.): Daß die Schweizer Regierung den Wohlgenuth des Landes verweisen habe, dafür sei er ihr von Herzen dankbar. Der Fall Wohlgenuth stehe zweifellos nicht allein da und die deutsche Regierung brauche in der Schweiz wahrlich keine Polizeibeamte zur Überwachung der Sozialdemokratie, denn was die Sozialdemokratie dort thue, sei öffentlich und stehe unter den Augen.

Abg. Dr. Köhler (kons.) beantragt den Schluß der Diskussion.

Abg. Richter (fr.) hält es nicht für angemessen, daß diese wichtige Diskussion durch den Schluß unterbrochen werde und bezweifelt er deshalb die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident v. Loebeow: Auch das Bureau bezweifelt an der Beschlußfähigkeit und es muß deshalb der Namensaufruf vorgenommen werden.

Derselbe ergiebt die Anwesenheit von 152 Mitgliedern, das Haus ist somit nicht beschlußfähig.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.

Tagesordnung: Anträge Nichtmitglieder und Lehren: Sonntagsarbeit, Kinder- und Frauenarbeit.

Deutschland.

Berlin, 22. November. Der Bundesrat hat heute in der am 21. d. M. unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrages zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1889-90 und dem Antrag der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr betreffend Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zum Zuckersteuergesetz vom 9. Juli 1877 die Zustimmung. Dem vom Reichstage angenommenen Antrage der Abgeordneten v. Benda und Genossen wegen Errichtung eines Reichszollamts beschloß die Versammlung eine Folge nicht zu geben, nahm von der Nachweisung der Rechnungsergebnisse der auf Grund der Unfall-Verderbungsgehalte gebildeten Berufsgenossenschaften für 1888 Kenntnis und genehmigte die Veranstaltung einer neuen Ausgabe der Pharmacopoea germanica. Der Schlußbericht der Volkskommission für den Zollschluß Hamburg wurde den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr überwiesen. Mit der Vorbereitung des Entwurfs einer Verordnung wegen Inkrafttreten des § 140 des Gesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 wurden die Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen beauftragt. Endlich wurde über mehrere Gesuche auf Zulassung von Aktien auf Namen unter dem gesetzlichen Mindestwerthe, über die Wiederbelegung mehrerer erledigter Stellen bei Disziplinarkammern, sowie über die St. Majestät dem Kaiser wegen der Wiederbelegung von vier Mitgliedern bei dem Reichsgericht zu unterbreitenden Vor schläge Beschluß gefaßt.

Staatsminister Graf Bismarck hat, der „Köln. Ztg.“ zufolge, an den Vorständen der Abtheilung Köln der deutschen Kolonialgesellschaft, Geh. Kommerzienrath Eugen Langen, folgendes Schreiben aus Berlin vom 19. Novbr. gerichtet: „Euer Hochwohlgebornen gefälliges Schreiben vom 15. b. habe ich erhalten und von den Beschüssen, welche die von dem Vorstand der Abtheilung Köln der deutschen Kolonialgesellschaft berufene Versammlung gefaßt hat, dankend Kenntnis genommen. Die im Reichstage nahe bevorstehenden Verhandlungen über das kolonialpolitische Schutzbereich werden voraussichtlich zur Klärung der Sachlage beitragen.“

Die Budget-Kommission des Reichstages erledigte heute bei Fortsetzung der Beratung des Militär-Etats Kap. 24 der dauernden Ausgaben (Geldverpflanzung der Truppen). Bei Tit. 2 (Militärisches Personal) fragte Abg. Richter, ob nicht in Folge der durch Aufstellung zweier neuer Armeekorps notwendig gewordenen Anstellung von 2 Generaladjutanten und 10 Oberadjutanten eine Verminderung bei den Stellen der Stabsärzte eintreten könne, da mit den neuen Formationen nicht eine Vermehrung des Mannschafstandes und damit des Krankenstandes verbunden sei. Seitens der Militärverwaltung wird die Frage verneint mit dem Hinweis darauf, daß die General- und Oberärzte durch die Leitung und Organisation des gesamten Sanitätsdienstes vollständig in Anspruch genommen werden.

Die militärische Beförderung des Reichskommisars Wislmann (nicht Wislmann, wie man gewöhnlich schreibt) ist geeignet, großes Aufsehen zu erregen, denn noch niemals vorher, soweit uns bekannt, ist ein Offizier der Armee so kurze Zeit hindurch Hauptmann gewesen, wie der Major Wislmann. Am 15. Januar 1874 zum Lieutenant im großherzoglich mecklenburgischen Infanterie-Regiment No. 90 befördert, nahm Wislmann im November 1883, nachdem er schon vorher vielfach zu Forschungsreisen benutzt war, den Abschied mit Pension, wobei er zum Premierlieutenant befördert wurde. Erst am 25. Oktober 1888 wurde er als aggregierter Premierlieutenant bei dem 2. Garde-Regiment

zu Fuß wieder angestellt. Unter dem 31. Dezember 1888 erfolgte seine Kommandierung zum auswärtigen Amt, wobei er den Charakter als Hauptmann erhielt und a la suite des Regiments gestellt wurde. Erst am 22. Mai dieses Jahres erhielt er ein Patent als Hauptmann, so daß er also noch nicht ein halbes Jahr wirklicher Hauptmann war. Zum Vergleich sei angeführt, daß Kaiser Friedrich 1 Jahr 11 Monate, Kaiser Wilhelm II. nahezu 1 Jahr 6 Monate und Fürst Bismarck fast 2 Jahre Hauptleute bzw. Rittmeister gewesen sind.

Nachdem die Kreuzer-Korvette „Carola“, Kommandant Korvetten-Kapitän Balleit, am 10. d. Mts. Sanfari verlassen hat, um sich unter Anlaufen der Seydeln nach Bombay zu begeben, ist die ostafrikanische Station wieder in normaler Weise mit zwei Kreuzern, „Sperber“, Kommandant Korvetten-Kapitän Fock, und „Schwalbe“, Kommandant Korvetten-Kapitän Dierckberg, besetzt. Das Kreuzergeschwader kann als aufgelöst betrachtet werden. Das Flaggschiff „Leipzig“ mit dem Geschwaderchef, Konter-Admiral Dierckberg, an Bord, liegt bei Malakka bei Bengali, der „Vespa“ hat die Heimreise von dort bereits am 15. d. Mts. angetreten. Von den beiden Kreuzer-Korvetten des Geschwaders ist „Carola“, wie anfangs erwähnt, nach China unterwegs, während „Sophie“, Kommandant Korvetten-Kapitän Herbig, schon seit dem Frühling der australischen Station zugeteilt ist; sie befindet sich seit dem 25. Juni d. J. vor Apia. In Australien befindet sich außer der „Sophie“ nur noch die Kreuzer-Korvette „Alexandrine“, Kommandant Korvetten-Kapitän von Brühl, welche am 1. November von einer längeren Kreuzfahrt aus dem deutschen Interessengebiet in der Südsee nach Sines zurückkehrte. Der Etat der „Alexandrine“ hatte bei den Salomonen-Inseln den Tod des ersten Offiziers, Kapitän-Lieutenant Balleit, zu beklagen, der am 22. Oktober d. J. auf Otago-Island nach einer ewigen Ruhe gebettet wurde. Das vorübergehend bei den Samoa-Inseln stationierte Kanonenboot „Wolf“, Kommandant Kapitän-Lieutenant Credner, hat schon am 28. August Apia verlassen, um sich nach Yokohama zu begeben, dort ist die Ankunft des Jahresendes von Japan aus noch nicht gemeldet. — Das Schiffsingenieur-Schulschiff „Ariadne“, Kommandant Kapitän zur See Böhnel, hat am 14. d. Mts. von Bahia aus seine große Kreuzreise auf der ostamerikanischen Station angetreten. Position ist bis zum 26. November Trinidad, bis zum 10. Dezember Barbados, bis zum 21. Januar St. Vincent (Kingstown) und bis zum 4. Februar Dominica. — Die Mannschafsten der in Westafrika befindlichen Fahrzeuge „Hoch“, „Hyäne“, „Nachtigal“ und „Cyclus“ sind Ende Oktober in Kamerun abgelöst und befinden sich unter Führung des Korvetten-Kapitäns Rittmeyer auf dem Dampfer „Eula Boylen“ auf der Heimreise nach Wilhelmshafen. — Wie telegraphisch schon gemeldet, ist die geschäftliche Kreuzer-Korvette „Irene“, Kommandant Prinz Heinrich von Preußen, am 19. von Pola nach Korfu gegangen. Es scheint nicht, daß „Irene“ die Uebungsfahrten im Schwarzen-Verbande mitmachen wird, denn während die Post für „Irene“ bis zum 4. Dezember nach Korfu, vom 14. Dezember nach Venedig, vom 15. bis 24. Dezember wieder nach Korfu und dann vom 25. Dezember bis auf Weiteres nach Port Said geht, ist Poststation für die Schiffe „Raiser“, „Deutschland“, „Friedrich der Große“, „Preußen“ und „Wacht“ bis zum 25. November Bismarck, vom 26. bis 27. November Riga und vom 28. November bis auf Weiteres Korfu.

Man schreibt aus Paris: Bekannt, mußte in Folge des neuerlichen Aufstehens von Räuber- und Piratenbanden an der Nordgrenze Tonkins Ende August abermals eine militärische Expedition gegen das französische Okkupationskorps unternommen werden. Zwei militärische Kolonnen wurden nach den Provinzen Koaobang und Hoch-Nam dirigiert, denen es — allerdings unter ziemlich schweren Verlusten — auch gelang, die Rebellen in die Flucht zu schlagen und zu zerstreuen. Als die Nachrichten von diesen Vorfällen Ende Oktober in Frankreich einlangten, zeigte sich die öffentliche Meinung in hohem Grade allarmiert, denn dieselben erweckten unwillkürlich die Reminiszenzen an Algier, dessen definitive Eroberung Jahrzehnte hindurch einen fortwährenden kleinen Krieg nötig machte, der die größten Opfer an Gut und Blut gefordert hat.

Gleichwohl liegen die Dinge in Tonkin anders und die Schlage daselbst ist geeignet, die Befürchtungen vollständig zu widerlegen. In denjenigen Theile Tonkins, welcher von Frankreich faktisch okkupiert ist, kommen schon seit Jahren keine Unruhen mehr vor, das Land ist vollkommen passiviert und erfreut sich vollständig geordneter Verhältnisse. Nur in dem nördlichen, außerhalb des Strom-Deltas nächst China gelegenen Gebiete, welches, da die Grenzlinie zwischen China und den französischen Besitzungen noch nicht vollständig abgegrenzt worden ist, neutrales Land ist, wimmelte es von Räuberzügen, das sich theils aus Abhängigkeiten aus Tonkin, theils aus verabschiedeten chinesischen Soldaten rekrutiert und gegen welches zeitweise militärische Streifzüge unternommen werden müssen. Daß es sich wirklich nur um Räuberzüge und nicht um einen förmlichen Aufstand handelt, beweist a. a. besten der Umstand, daß sowohl die Mandarinen des chinesischen Grenzterritoriums, als auch die eingeborenen Beamten in der französischen Provinz Koaobang eine vollkommen korrekte Haltung beobachteten und legten sie sogar an den militärischen Expeditionen mit anerkanntem Opferwilligkeit bei.

In der nächsten Zeit wird nun die definitive Abgrenzung der Grenze gegen China zur Durchführung gelangen. Nachdem diesbezüglich bereits ein vollständiges Einvernehmen mit der chinesischen Regierung erzielt und die neue Grenze jetzt auf dem Papiere tracirt ist, handelt es sich jetzt nur mehr darum, daß die französisch-chinesische Delimitations-Kommission das Grenzgebiet bereits, was selbstverständlich nur unter starker militärischer Bedeckung geschehen kann. Diese Expedition wird gewiß auch den weiteren Erfolg haben, alle Räuberbanden zu vertreiben. Ist aber einmal die Grenze abgegrenzt, dann wird die französische Regierung an die Errichtung von Wachposten und die Entsendung eines Grenzforbans schreiten, wodurch der Quell aller bisherigen Unruhen verstopft werden wird. So man hofft sogar in maßgebenden Kreisen, daß es dann möglich sein

	Berlin, den 22. November 1889.					
	Deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe					
Deutsche R.-Anl. 4%	107.40	b	Est.-St.-Pfd. 3½%	104.00	a	
do. do. 3¼%	102.30	b	Westfälisch. do. 4%	104.00	a	
Pr. Comm. Anl. 4%	105.70	b	do. do. 3½%	102.00	a	
do. do. 3¼%	102.40	b	Westpr. ritterlich 3%	102.00	a	
Preuss. St.-Anl. 4%	101.20	b	Hannover. Rdb. 4%	103.75	a	
do. do. 3¼%	101.20	b	Sächs.-Rdb. 4%	103.75	a	
Niederrheinische 4%	101.20	a	Bayr. Rdb. 4%	103.75	a	

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]

Stettiner Stadt-Theater.

Sonnabend: Volkstümliche Vorstellung.
Die Räuber.

Eisenbahn-Fahrplan.

Abgang von Stettin nach:

Kolberg, Danzig, Strenz, Treptow a. N.	Perf.	5,25 Morg
Angermünde, Eberswalde, Berlin,		
Prenzlau		6,15 "
Königsberg Nm., Küstrin, Neppen,		
Grimberg, Glogau, Breslau		6,25 "
Palewalf, Strasburg, Hofod, Ham-		
burg, Prenzlau, Swinemünde,		
Wolgast, Straßund, Uckerminde		6,38 "
Angermünde, Freienwalde a. D.,		
Frankfurt a. D., Schwedt, Eber-		
swalde, Berlin	Schnellz.	8,20 "
Stargard, Strenz, Breslau, Piriz,		
Küstrin	Perf.	9,30 Vorm
Angermünde, Schwedt, Freienwalde		
a. D., Frankfurt a. D., Eber-		
swalde, Berlin	Perf.	10,47 "
Palewalf, Prenzlau, Strasburg,		
Hofod, Hamburg, Swinemünde,		
Wolgast, Straßund, Uckerminde	Schnellz.	10,58 "
Stargard, Kolberg, Danzig, Trep-		
tow a. N., Strenz	Schnellz.	11,15 "
Königsberg Nm., Küstrin, Neppen	Perf.	11,30 "
Angermünde, Schwedt Eberswalde,		
Berlin		1,30 Abd
Stargard	Perf.	1,55 "
Königsberg Nm., Küstrin, Neppen,		
Grimberg, Glogau, Breslau		3,15 "
Angermünde, Eberswalde, Berlin Expresz.		3,42 "
Palewalf, Wolgast, Straßund, Stras-		
burg, Wilkau Meinen, Uckerminde,		
Prenzlau, Swinem., Hofod, Lübeck	Perf.	4,31 Abd
Stargard		4,37 "
Stargard Kolberg, Stolp, Treptow		
a. N., Piriz, Küstrin		5,1 Abd
Angermünde, Schwedt, Freienwalde		
a. D., Weichen, Lefschin, Eber-		
swalde, Berlin		5,30 "
Stargard, Strenz, Breslau		7,40 "
Palewalf, Strasburg, Prenzlau,		
Angermünde, Swinemünde, Stral-		
sund, Uckerminde		7,50 "
Königsberg N. M., Küstrin		8, — "
Angermünde, Eberswalde, Berlin		8, — "
Stargard		10,55 "
Angermünde	Gen. 3.	11,10 Abd

Ankunft in Stettin von:

Berlin, Eberswalde, Angermünde	Perf.	2,45 Nacht
Angermünde		
Stargard, Strenz, Breslau	Gen. 3.	7,25 Morg
Küstrin, Königsberg i. N.	Perf.	7,45 "
Strasburg, Prenzlau, Straßund,		7,55 "
Wolgast, Swinemünde, Palewalf,		
Uckerminde		9,10 Vorm
Berlin, Eberswalde, Freienwalde a. D.,		
Weichen, Angermünde, Schwedt		9,17 "
Stargard, Treptow		10,22 "
Stolp, Kolberg, Stargard, Treptow		
a. N., Piriz, Küstrin, Kleeberg,		
Arnsvalde		10,32 "
Berlin, Eberswalde, Angermünde		
Freienwalde a. D., Lefschin	Schnellz.	11,3 "
Hofod, Wilkau, Strasburg, Pale-		
walf, Prenzlau, Straßund, Wol-		
gast, Uckerminde, Swinemünde,		
Lübeck	Perf.	1,16 Abd
Berlin, Ebersw., Angermünde		1,39 "
Glogau, Neppen, Küstrin		2,48 "
Danzig, Kolberg, Stargard, Strenz,		
Breslau, Treptow a. N.	Expresz.	3,30 "
Hamburg, Hofod, Strasburg, Eber-		
swalde, Wolgast, Palewalf, Ucker-		
minde	Schnellz.	4,31 "
Berlin, Eberswalde, Angermünde,		
Frankfurt a. D., Freienwalde a. D.,		
Schwedt	Perf.	4,47 "
Stargard, Strenz, Breslau, Piriz,		
Küstrin		5,15 "
Breslau, Glogau, Grimberg, Neppen,		
Küstrin, Königsberg N. M.		6,32 "
Berlin, Eberswalde, Angermünde	Schnellz.	7,24 "
Stargard, Strenz	Perf.	8,47 "
Danzig, Kolberg, Stargard, Treptow		
a. N., Piriz, Küstrin		9,35 "
Hamburg Hofod, Strasburg, Pale-		
walf, Prenzlau, Straßund, Wolgast,		
Swinemünde, Uckerminde		10,29 "
Berlin, Eberswalde, Angermünde,		
Frankfurt a. D., Freienwalde a. D.		
Schwedt	Verbindung	10,39 "
Breslau, Glogau, Grimberg, Neppen,		
Küstrin		12,5 "